



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
Az.: 1-002-13/alt

Alzey, den 16.11.2012

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **17**

Wahlperiode: **2009 - 2014**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich

Sitzungsdatum: **28.09.2012**

Uhrzeit: **14.05 – 15.55 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender Landrat Ernst Walter Görisch

Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-9		
Mehring, Klaus, Osthofen	4-9 (ab 14.55 Uhr)		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-9		

Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-9		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim		X	
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-9		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-9		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich		X	
Kleinfelder, Ingo, Wörrstadt		X	
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-9		
Müller, Bernd, Osthofen	1-9		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-9		
Rocker, Gerd, Wendelsheim	1-9		
Sippel, Heiko, MdL, Alzey	1-9		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-9		
Steinmann, Werner, Alzey	1-9		
Westphal, Bernd, Gau-Odernheim	1-9		
Willius, Klaus, Eich	1-9		
CDU-Fraktion	1-9		
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-9		
Burkhard, Christoph, Alzey	1-9		
Conrad, Markus, Armsheim		X	
Hirschel-Urnauer, Irmgard	1-9		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-9		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-9		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-9		
Müller, Christine, Eich		X	
Müller, Lucia, Wöllstein	1-9		
Pauser-Brand, Eva, Flonheim		X	
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-9 (ab 14.20 Uhr)		
Spies, Karl, Saulheim	1-9		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-9		
Wagner, Walter, Westhofen	1-9		

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim		X	
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-9		
Maak, Dr. Dirk, Wöllstein	1-9		
Merkel, Klaus, Alsheim	1-9		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-9		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-9		
Thörle, Birgit, Saulheim		X	
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-9		
Erbeldinger, Helmut, Dittelsheim-Heßloch	4-9 (ab 14.55 Uhr)		
Geißel, Werner, Alzey	1-9		
Hinkel, Manfred, Alzey	1-9		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-9		
Schwehm, Wolfgang, Alzey	1-9		
Die Linke			
Gülcehre, Kemal, Alzey	1-9		
Schappert, Michael, Alzey	1-9		
NPD			
Acker, Klaus, Bechtheim	1-9		

v. B.= vor Beschlussfassung
n. B.= nach Beschlussfassung

Kreisverwaltung					
KVDin Emrich	OVetR Dr. Lay	KVR Wachowski	KA Michel	VA Steffens	VA Renz
BauDir. Dr. Schmitt	KVR Rauschkolb	KVR Loos	KA Frey	VA Stier	
KOVR Kauff	KVR Dittmann	ARin Maurer	KI Schray	VA Sussmann	
KOVR Herz	KVRin Bieser	AR Marx	VA Nuß	VA Saß	

Gäste

Schriftführerin VA Altendorf
--

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 14.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung und Tagesordnung vom 13.09.2012, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 20.09.2012 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Sodann wies er auf die per Tischvorlage ausgehändigte Beratungs-/Beschlussvorlage zu TOP 8 „K 7 – Ausbau der freien Strecke zwischen Spiesheim und der L 408“, die Eilentscheidung „Umbau und Sanierung IGS Osthofen“, das Heft 47 der Schriftenreihe des Landkreistages Rheinland-Pfalz über die „66. Hauptversammlung des Landkreistages“ und die Niederschrift der Kreisausschuss-Sitzung vom 28.08.2012 hin.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u>
-	Information über die Einberufung eines neuen Kreistagsmitgliedes	-
-	Einwohnerfragestunde	
1	Schulsozialarbeit im Landkreis Alzey-Worms - Resolution des Kreistages an die Landes- und Bundesregierung	160/2012/1
2	Beitritt zur Bürgerstiftung Rheinhessen	139/2012/1
3	Kombinierte Öffentliche- und Schulbibliothek in der Integrierten Gesamtschule und Realschule plus Osthofen - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Osthofen	164/2012
4	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landkreises Alzey-Worms durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz - Unterrichtung des Kreistages	163/2012
5	Prüfung der Kasse des Landkreises Alzey-Worms durch das Rechnungsprüfungsamt - Unterrichtung des Kreistages	177/2012
6	Automatisiertes Behördenkassensystem - Bewilligung einer außerplanmäßige Ausgabe zur Ersatzbeschaffung eines Kassenautomaten und der Software	142/2012/1
7	Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen/sonstigen Gremien:	
	7.1 Kreisausschuss	165/2012
	7.2 Werksausschuss Abfallwirtschaft	166/2012
	7.3 Rechnungsprüfungsausschuss	167/2012
	7.4 Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Kultur	168/2012
	7.5 Sozialausschuss	169/2012
	7.6 Sportausschuss	170/2012
	7.7 Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr	171/2012

7.8 Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie	172/2012
7.9 Schulträgerausschuss	173/2012
7.10 Verbandsversammlung des Gewässerzweckverbandes Selzverband	174/2012
7.11 Psychiatriebeirat	175/2012
8 K 7 – Ausbau der freien Strecke zwischen Spiesheim und der L 408 - Auftragsvergabe	176/2012
9 Mitteilungen und Anfragen (Der Zwischenbericht 2012 liegt den Mitgliedern des Kreisausschusses bereits vor)	

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **der Landrat** Herrn Michael Schappert als Ersatz für Herrn Heimann und wünschte eine gute Zusammenarbeit. Eine Verpflichtung könne entfallen, da Herr Schappert bereits Mitglied des Werksausschusses sei. Herr Schappert habe auch den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE übernommen

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Tagesordnungspunkt: 1	Drucksachennummer: 160/2012/1
------------------------------	--------------------------------------

Schulsozialarbeit im Landkreis Alzey-Worms

- Resolution des Kreistages an die Landes- und Bundesregierung
- Beschluss-

Vorlagetext:

Der Kreisausschuss und Kreistag des Landkreises Alzey-Worms haben sich intensiv mit Finanzierungsfragen der Schulsozialarbeit im Landkreis Alzey-Worms auseinandergesetzt. Aufgrund dessen, dass das Land seine Förderung von über 5 Mio. € im Jahr 2011 bis auf 2,5 Mio. € im Jahr 2013 reduziert hat und zudem die Bundesförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes lediglich bis Ende 2013 festgeschrieben ist, soll eine Resolution des Kreistages des Landkreises Alzey-Worms an die Landes- und die Bundesregierung beschlossen werden.

Der Kreisausschuss empfiehlt entsprechend dem Beschluss vom 28.08.2012 dem Kreistag folgende Resolution

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Alzey-Worms fordert die Bundes- und die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf, die Schulsozialarbeit als kohärenten und integralen Bestandteil der Bildungspolitik anzuerkennen und auf dieser Grundlage die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene für eine dauerhafte, kontinuierliche und verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit zu gewährleisten.

Begründung:

Schulsozialarbeit ist die Tätigkeit sozialpädagogischer Fachkräfte in der Schule und in ihrem Umfeld. Sie ist damit Teil professionellen Handelns in der Institution Schule, die unter den gegebenen gesellschaftli-

chen und schulischen Rahmenbedingungen mit ihrem Fachpersonal alleine ihren Auftrag von Bildung und Erziehung nicht mehr erfüllen kann und sich deshalb zusätzlicher Fachkompetenz versichern muss.

Schulsozialarbeit findet ihre Rechtsgrundlage in § 13 des Sozialgesetzbuches VIII und damit jenem Gesetz, welches die Kinder- und Jugendhilfe regelt. Doch die hier angesprochenen Aufgaben und Zielgruppen, die sich an „sozialer Benachteiligung“ orientieren, entsprechen schon lange nicht mehr der sozialpädagogischen und schulischen Realität. Die Angebote der Schulsozialarbeit richten sich vielmehr präventiv an „Nicht-Benachteiligte“, Lehrerinnen und Lehrer erfahren konkrete Unterstützung und Eltern werden in die Pflicht genommen.

Schulsozialarbeit ersetzt weder den Erziehungsauftrag der Schule noch die spezifischen Beratungs-, Hilfs- und Dienstleistungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe. Aber sie ist in der Lage, Kinder und Jugendliche frühzeitig zu fördern, zu stützen, sozial zu stabilisieren, präventiv im Sinne von Vermeidung sozialer Ausgrenzung, Minderung individueller Lebenschancen und der Verhinderung von Schulverweigerung zu wirken sowie notwendige Maßnahmen in die Wege zu leiten.

So beschreibt die Bundesregierung schon 1998 im Zehnten Kinder- und Jugendbericht die Aufgaben und Chancen von Schulsozialarbeit. Die rheinland-pfälzische Landesregierung ergänzt dies um die Gestaltung der besonderen Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule als zwei traditionell unterschiedlich verwurzelter Systeme und verweist in ihren Leitlinien von 2006 auf die immer größer werdende Bedeutung von Schulsozialarbeit als wichtigen Baustein der Jugendhilfe und als niedrigschwelliges, flexibles und lebensweltorientiertes Angebot in der Schule und ihrem Umfeld.

Sowohl das Land Rheinland-Pfalz als auch der Bund fordern und fördern aus diesen Gründen den systematischen und flächendeckenden Ausbau von Schulsozialarbeit und stellen in unterschiedlichem Umfang Gelder zu Verfügung. Auf dieser Grundlage wurden im Landkreis Alzey-Worms die Stellen für Schulsozialarbeit stetig ausgebaut: Nunmehr werden insgesamt 16 Personen auf 9,5 Vollzeitstellen beschäftigt und so an allen weiterführenden Schulen (mit Ausnahme der Gymnasien) Angebote der Schulsozialarbeit vorgehalten; 6,75 dieser Stellen sind dabei landes-, 2,75 kommunal- bzw. bundesgefördert. Die positiven Wirkungen dieses Angebotes sind deutlich: So hat sich bspw. die Kooperation mit den beteiligten Schulen deutlich verbessert, Sozialtraining mit niedrigen Klassen hat positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Schüler/innen und das Klima an der Schule und die schnelle, unmittelbare Reaktion auf Krisen entlastet die Lehrerinnen und Lehrer.

Dieser von Bund und Land konstatierten Bedeutung und Notwendigkeit der Schulsozialarbeit widerspricht, dass das Land seine Förderung von über fünf Millionen Euro im Jahr 2011 reduziert hat auf 3,7 Millionen Euro in 2012 und 2,5 Millionen im Jahr 2013 – und dies, obwohl erst im Jahr 2011 die Haushaltsansätze erhöht worden sind. Zugleich ist die Bundesförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes lediglich bis Ende 2013 festgeschrieben.

Dies gefährdet den Bestand der eingesetzten Stellen sowie einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit im Landkreis Alzey-Worms, wie sicherlich auch in anderen Regionen im Bundesgebiet.

Nachdem Schulsozialarbeit in der Praxis seit vielen Jahren etabliert und – auch politisch – anerkannt ist, ist vielmehr eine dauerhafte, kontinuierliche und verlässliche Finanzierung der Schulsozialarbeit notwendig, die Planungen ermöglicht und perspektivisch Handlungssicherheit herstellt.

Gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fällt die Bildungspolitik in die Kompetenz der Bundesländer (Kulturhoheit). Aus Sicht des Kreistages Alzey-Worms sollte Schulsozialarbeit als kohärenter und integraler Bestandteil der Bildungspolitik angesehen werden. Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag Alzey-Worms auf Landesebene eine entsprechende gesetzliche Verankerung sowohl der

Aufgabe als auch der Finanzierung von Schulsozialarbeit im Ausführungsgesetz zum SGB VIII (AGKJHG) wie auch im Schulgesetz. Dabei sind gleichzeitig die Fördersätze so festzulegen, dass sie die ursprüngliche Förderung von rund 70% der Personalkosten wieder herstellen – aufgrund der Personalkostenentwicklung sind dies nur noch rund 60% – sowie den Einbezug von Sachkosten.

Auf Bundesebene bedarf es der dauerhaften Finanzierung in der jetzigen Form über 2013 hinaus, um die erreichten Ausbaustufen und Qualitätsstandards nachhaltig zu gewährleisten und damit das Ziel des Bundes, die Teilhabechancen aller jungen Menschen sicherzustellen, tatsächlich und anhaltend erreichen zu können.

Landrat Görisch führte ergänzend aus, dass es der Wunsch aller Fraktionen gewesen sei, eine Resolution zu verfassen, da die Finanzierung der Schulsozialarbeit nach dem Jahr 2013 relativ unsicher sei. Man erwarte eine entsprechende Verankerung im Schulgesetz oder im Sozialgesetzbuch VIII und fordere eine klare Regelung zur weiteren Finanzierung.

Kreistagsmitglied Sippel stimmte im Namen seiner Fraktion der Resolution uneingeschränkt zu. Die Schulsozialarbeit habe sich bewährt. In Bezug auf die Anzahl der Stellen sei der Landkreis mittlerweile Vorreiter im Land Rheinland-Pfalz. Auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle habe sich bewährt und vereinfache die Arbeit des Jugendamtes. Herr Sippel vertrat die Auffassung, dass man diese wertvolle Arbeit verstetigen und dauerhaft anlegen solle. Es sei auch wünschenswert, die Aufgabe als eine Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung zu regeln. Die Aufgabe könne nur sichergestellt werden, wenn Bund, Land und die Kommunen zusammen wirken und die Finanzierung gemeinsam sicher stellten.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher erklärte, dass seine Fraktion die vorgelegte Resolution unterstütze. Man habe diese Resolution gefordert und sei der Überzeugung, dass Schulsozialarbeit unabdingbarer Bestandteil einer erfolgreichen schulischen Ausbildung sei. Sie müsse fest in den Schulen verankert und auch gesetzlich festgeschrieben werden.

Kreistagsmitglied Schwehm stimmte für die FWG-Kreistagsfraktion der Resolution zu. Er sprach sich zusätzlich für einen Ausbau, z. B. für die die Gymnasien, aus. Im Interesse einer kontinuierlichen Fortsetzung dieser Arbeit und auch um dem Personal auf Dauer eine berufliche Perspektive geben zu können, unterstütze man die Resolution.

Kreistagsmitglied Merkel signalisierte für die FDP-Kreistagsfraktion deren Zustimmung.

Auch **Kreistagsmitglied Kolb-Noack** signalisierte für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen deren Zustimmung.

Auf Anfrage von **Kreistagsmitglied Busch** informierte **Landrat Görisch** darüber, dass man mit dem Landkreistag bereits Kontakt aufgenommen habe und die Resolution zur Verfügung stelle, um die anderen Mitglieder zu informieren, damit am Ende noch mehr Landkreise die Forderung unterstützen.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Resolutionsvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Beitritt zur Bürgerstiftung Rheinhessen

Vorlagentext:

Die Bürgerstiftung Rheinhessen wurde am 21.10.2009 errichtet.

Zweck der Stiftung ist es neue Projekte in der Region Rheinhessen in den Bereichen Soziales, Kinder, Jugend, Bildung, Senioren, Pflege, Miteinander der Generationen, Leben mit behinderten Menschen, Integration von ausländischen Mitbürger/innen zu unterstützen und der Region Impulse zu geben.

Der Stifterrat besteht derzeit aus 42 Stiftern, dies sind Privatpersonen, Firmen und kommunale Körperschaften, wie z.B. der Landkreis Mainz-Bingen und die Stadt Worms.

In den letzten 3 Jahren hat die Stiftung u. a. folgende Projekte unterstützt:

- Zeitschenkerprojekt (Unterstützung für Familien mit behinderten Kindern)
- Familienfreizeiten für Alleinerziehende mit behinderten Kindern
- Aufbau des Leselernhilfsprojekts (Zielgruppe: Lese- und lernschwache Kinder)
- Elternlotsenprojekt Worms (Zielgruppe: Migrantenfamilien).

Der Landkreis Alzey-Worms als wesentlicher Bestandteil der Region Rheinhessen sollte die Stiftung ideell fördern und dies durch seine Mitgliedschaft verdeutlichen. Dies wird ausweislich des § 9 Abs. 1 der beigefügten Stiftungssatzung durch Zustiftung von 500,00 € für das Stiftungskapital ermöglicht. Weitere finanzielle Verpflichtungen des Landkreises werden durch die Mitgliedschaft nicht impliziert. Insbesondere besteht keine Einstandspflicht der Stifter im Falle einer Überschuldung der Stiftung.

Obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handelt, hat die Kommunalaufsicht der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion angesichts des geringen einmaligen Betrages für die Zustiftung keine Einwendungen zum Beitritt erhoben.

Landrat Görisch machte deutlich, dass es mehr um eine moralische Unterstützung des Anliegens der Stiftung gehe. Durch die Mitarbeit aller Gebietskörperschaften könnten sich die Verantwortlichen der Unterstützung der kommunalen Seite sicher sein.

Kreistagsmitglied Dexheimer plädierte im Namen ihrer Fraktion für den Beitritt zur Bürgerstiftung. Als wesentlicher Bestandteil der Region Rheinhessen sei die Mitarbeit für den Landkreis zwingend erforderlich, um sich für soziale Projekte einzusetzen. Trotz angespannter Haushaltslage müsse der Landkreis die 500 € Zustiftung leisten.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher hatte große Bedenken, sich bei der prekären Haushaltssituation an einer privaten Stiftung zu beteiligen. Der Landkreis könne und dürfe keine freiwilligen Leistungen mehr übernehmen. Da man die Initiative für förderungs- und unterstützungswürdig halte und sich deren Betätigungsfeld auf die Förderung unserer Region Rheinhessen beziehe, halte die Fraktion ausnahmsweise eine Beteiligung des Kreises an der Stiftung für sinnvoll.

Mitglied Dr. Tauscher unterbreitete folgenden Finanzierungsvorschlag:

Zur Finanzierung sollten sich alle Kreistagsmitglieder, die Kreisbeigeordneten und der Landrat bereit erklären, 10€ von ihrem Sitzungsgeld zweckgebunden an den Landkreis zu spenden. So könne das erforderliche Stiftungskapital in Höhe von 500€ aufgebracht werden.

Kreistagsmitglieder Merkel, Kolb-Noack, Gülcehre und Acker stimmten dem Beitritt zur Bürgerstiftung zu.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Beitritt zur Bürgerstiftung Rheinhessen und die Zustiftung von 500,00 € für das Stiftungskapital. Zur Finanzierung werden je 10€ vom nächsten Sitzungsgeld (Pauschale) bei allen Kreistagsmitgliedern und der Verwaltungsspitze einbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 1 der Originalniederschrift:

Satzung der Bürgerstiftung Rheinhessen

Tagesordnungspunkt: 3	Drucksachenummer: 164/2012
------------------------------	-----------------------------------

Kombinierte Öffentliche- und Schulbibliothek in der Integrierten Gesamtschule und Realschule plus Osthofen

-Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Osthofen

Vorlagentext:

Im Rahmen der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Osthofen und der Umsetzung des dafür notwendigen Raumprogramms wurde bereits sehr frühzeitig die Chance gesehen, ähnlich wie in Wörrstadt, mit der Stadt Osthofen eine gemeinsame Bücherei einzurichten.

Nach mehreren Gesprächen und Verhandlungen mit der Stadt Osthofen wurde zwischenzeitlich eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Alzey-Worms und der Stadt Osthofen über die Einrichtung einer gemeinsamen kombinierten Öffentlichen- und Schulbücherei entworfen, die wir in der Anlage beigefügt haben.

Das Landesbibliothekszentrum Neustadt wird die kombinierte Öffentliche- und Schulbücherei als kleines Pilotprojekt anerkennen und hat dem Landkreis Alzey-Worms für die nächsten 4 Jahre eine Förderung von insgesamt 50.000 Euro in Aussicht gestellt.

Der Stadtrat hat bereits in seiner Sitzung am 27. August 2012 dem Abschluss dieser Vereinbarung zugestimmt.

Der Kreisausschuss wurde mehrfach über die beabsichtigte Zusammenarbeit mit der Stadt Osthofen informiert; erstmalig bei der Vorstellung des Raumkonzeptes der neuen Integrierten Gesamtschule, zuletzt im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Selbstverbuchungs- und Sicherheitsanlage für die neue gemeinsame Bücherei in Osthofen.

Kreistagsmitglied Müller wies auf die Vorteile einer kombinierten Öffentlichen- und Schulbibliothek ausführlich hin. Mit diesem Angebot gelänge es vielleicht, Kinder und Jugendliche mehr zum Lesen zu animieren. Das hervorragende Schulangebot und die attraktiven Schuleinrichtungen würden weit über den Standort hinaus ausstrahlen. Die SPD-Fraktion stimme der Vereinbarung zu.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher merkte an, dass die CDU-Fraktion die Zusammenarbeit für sinnvoll halte und dem Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Osthofen zustimme.

Kreistagsmitglieder Hinkel, Merkel, Kolb-Noack und Schappert gaben stellvertretend für Ihre Fraktionen die Zustimmung.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landkreis Alzey-Worms und der Stadt Osthofen über die Einrichtung einer gemeinsamen kombinierten Öffentlichen- und Schulbücherei in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachenummer: 163/2012

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landkreises Alzey-Worms durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz

- Unterrichtung des Kreistages

Vorlagentext:

Gemäß § 26 Abs. 1 LKO ist der Kreistag über das Ergebnis überörtlicher Prüfungen zu unterrichten.

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat in der Zeit von Februar 2011 bis Juni 2011 die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landkreises ab dem Jahr 2007 geprüft.

Nach der Vorlage des Entwurfs der Prüfungsmitteilungen am 13.04.2012 hat die Verwaltung hierzu ausführlich Stellung genommen, so dass von 79 Randnummern bereits 26 vom Rechnungshof für erledigt erklärt wurden und im endgültigen Bericht vom 16.07.2012 nicht mehr enthalten sind.

Für die verbleibenden 53 Randnummern des Prüfungsberichts hat die Verwaltung die Stellungnahmen überarbeitet und dem Prüfungsbericht vollständig als Anlage beigefügt, da sie vom Rechnungshof nur teilweise in die Randbemerkungen des endgültigen Berichts übernommen wurden.

Außerdem wurde eine Dienstanweisung für das Zins- und Schuldenmanagement entsprechend Rd-Nr. 10 des Prüfberichts erlassen, die ebenfalls zur Kenntnisnahme beigefügt ist.

Kreistagsmitglied Sippel stellte fest, dass der Prüfbericht keine schweren Fehler oder Versäumnisse seitens der Verwaltung aufzeige. Der Bericht enthalte lediglich Optimierungsvorschläge.

Zu einigen Punkten merkte **Mitglied Sippel** folgendes an:

1. Die Mitgliedschaft im Zweckverband Schullandheim Miltenberg solle überprüft werden. Allerdings könne man nicht einseitig die Mitgliedschaft kündigen. Er bat die Verwaltung, die Gespräche mit dem Kreis Mainz-Bingen zu forcieren.
2. Aus seiner Sicht sei verstärkt der Bereich der Sozialhilfe geprüft worden. Es seien sogar Fallprüfungen vorgenommen worden. Abschließend sei festzustellen, dass auch hier nur Verfahrens- und Verbesserungsvorschläge gemacht und keine gravierenden Fehler beanstandet worden seien.
3. Der Rechnungshof habe ebenfalls bestätigt, dass die Verwaltung keine Personalüberhänge habe. Es gäbe kleine marginale Spitzen in einzelnen Referaten, die auf Grund bürgerfreundlicher Öffnungszeiten und Bürgerservice Personalmehrbedarf erfordern, z. B. in der Zulassungsstelle.
4. Im Bereich des Zins- und Schuldenmanagements sei eine Risikominimierung bei Derivatgeschäften, Zins-Swaps und Währungskrediten angemahnt. Diese Risikominimierung sei in allen Fällen erfolgt. Es gebe keinen Grund, das Handeln der Verwaltung in Frage zu stellen.

Kreistagsmitglied Sippel resümierte, dass einige Vorschläge des Rechnungshofes noch einmal zu prüfen seien, aber insgesamt sei der Bericht ein Beleg dafür, dass die Verwaltung ordentlich arbeite. Die SPD-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Kreistagsmitglied Dr. Tauscher führte aus, dass laut Prüfbericht der Landkreis die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Landkreise in Rheinland-Pfalz aufweise und man die Entwicklung der Liquiditätskredite als bedenklich ansehe. Da nach Auffassung des Rechnungshofes ein Haushaltsausgleich in absehbarer Zeit aus eigener Kraft nicht erreicht werden könne, müsse der Landkreis alle Möglichkeiten zur Konsolidierung ergreifen und alle Möglichkeiten zur Aufwandsminderung und Ertragssteigerung nutzen.

Die Personalausgaben könnten durch Einsparung von Stellen durch veränderte Zuständigkeit und effektivere Organisation in manchen Arbeitsbereichen verringert werden.

Im Bereich der Sozialhilfe müsse die Leistungsgewährung besser geprüft werden. Ebenso gebe es im Bereich der Abfallwirtschaft Ermahnungen zu Leistungsvergaben.

Die CDU-Fraktion fordere die Verwaltung auf, die vom Rechnungshof festgestellten Mängel zu beseitigen und die Optimierungsvorschläge umzusetzen.

Kreistagsmitglied Busch stellte fest, dass aus seiner Sicht nach Prüfung der Zahlen die Haushaltsituation verheerend sei, aber nicht aus Verschulden des Kreises sondern aus der Tatsache heraus, dass Leistungen im Auftrag Anderer gewährt werden müssten, die nicht entsprechend honoriert würden. Die Stellungnahme der Verwaltung zeige, dass man bereits begonnen habe, den Anmerkungen und Vorschlägen zu folgen.

Der Landkreis müsse weiterhin alles daran setzen, Einsparungsmöglichkeiten zu ergreifen.

Wünschenswert sei auch, vorab die Kreistagsmitglieder oder den Kreisausschuss bzw. den Kreisvorstand über Kreditgeschäfte zu informieren.

Kreistagsmitglied Merkel erklärte, dass aus seiner Sicht die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anmerkungen in sich schlüssig und nachvollziehbar seien.

Kreistagsmitglied Kolb-Noack wies darauf hin, dass der Landkreis schon vor 10 Jahren aus dem Zweckverband Schullandheim Miltenberg hätte austreten müssen. Hier seien zig-tausend Euro verschwendet worden. Auch sei vom Rechnungshof eine Gebührenüberarbeitung der Kreismusikschule ange-regt worden, welche ihre Fraktion schon viele Jahre fordere. Sie begrüßte auch, dass von übergeordneter Stelle eine Erhöhung der Kreisumlage gefordert werde.

Zum Thema Informationsbedarf zu Kreditgeschäften des Landkreises stimme sie den Ausführungen von Kreistagsmitglied Busch zu.

Kreistagsmitglied Schappert schloss sich größtenteils den Ausführungen seiner Vorredner an. Auf Grund des langen Zeitraumes, der vom Landesrechnungshof geprüft worden sei, könne man die Arbeit der Verwaltung positiv bewerten.

Kreistagsmitglied Acker sprach sich ebenfalls für eine Erhöhung der Kreisumlage aus, denn alle Er-tragsquellen seien auszuschöpfen, sowie alle freiwilligen Leistungen zu überprüfen oder zu reduzieren.

Kreistagsmitglied Spies beanstandete die Unübersichtlichkeit des Haushaltsplanes. Die Doppik solle eigentlich das Haushaltswesen übersichtlicher, klarer und verständlicher machen. Das Gegenteil sei der Fall. Man verliere durch das viele Papier den Überblick. Er plädierte dafür, diese Handhabung zu ändern. Die Kreistagsmitglieder hätten ein Recht auf aussagefähige, les- und verstehbare Unterlagen.

Die bisher vom Rechnungsprüfungsausschuss ausgeführten Prüfungen genügten nicht den gesetzlichen Anforderungen. Die Ausschussmitglieder hätten die Richtigkeit der Haushaltsführung des Landkreises ohne jegliche Belegprüfung bestätigt, auch unter seinem Vorsitz. Er erinnerte daran, dass man als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses für seine Tätigkeit Verantwortung und Haftung zu übernehmen habe. Seiner Ansicht nach könnten im Ehrenamt die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben hinsichtlich der Prüfung zeitlich und auch von der Qualifikation her nicht geleistet werden. Es seien Anforderungen zu Grunde gelegt, die das HGB für die Prüfung und Berichterstattung großer Kapitalgesellschaften stelle. Er schlug vor, das Innenministerium auf diese Probleme hinzuweisen.

Kreistagsmitglied Spies legte mit sofortiger Wirkung sein Amt im Rechnungsprüfungsausschuss nieder.

Landrat Görisch machte deutlich, es sei die alleinige und freie Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses, in welchem Umfang er prüfe. Die Verwaltung mache keine Vorgaben. Des Weiteren habe das Rechnungsprüfungsamt (RPA) im Prinzip die Funktion eines Wirtschaftsprüfers. Die Verwaltung dürfe und müsse sich des RPA bedienen.

Die Verwaltung habe dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung 2012 einen Verfahrensvorschlag gemacht, dass man z. B. eine große Investitionsmaßnahme im Detail prüfe. Als Prüfobjekt sei der Mensabau der Gymnasien Alzey ausgewählt worden. Der Ausschuss könne sich zukünftig dieser Methode bedienen und am Ende der Beratung 2012 mitteilen, in welchem Bereich im nächsten Jahr eine Schwerpunktprüfung vorgenommen werde.

Es sei ebenfalls eine Aufstellung gefertigt worden, wie die Rechnungsprüfung in den anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz statfinde. Diese werde in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegt.

Die Kritik des Rechnungshofes zum Umfang des Haushaltsplanes sei für **Landrat Görisch** überraschend, denn die Landkreise hätten landesweit die Vorgabe, die Produkte, den Ergebnishaushalt, den Finanzhaushalt usw. darzustellen. Dies sei erfüllt worden. In den vergangenen Jahren habe die Aufsichtsbehörde auch eine umfangreiche Darstellung des Haushaltes gefordert. Die Verwaltung selbst habe keinerlei Interesse den Haushalt aufzublähen.

Zu den Beanstandungen des Rechnungshofes bezüglich der Stellenbewertung des Stellenplanes stellte der **Landrat** fest, dass es sich lediglich um 4 Stellen handle, wobei eine zwischenzeitlich nicht mehr existent sei. Er empfahl hierzu die Lektüre der Stellungnahme der Verwaltung.

Landrat Görisch merkte an, dass der Landkreis zwischenzeitlich nicht mehr die höchste Pro-Kopf-Verschuldung habe.

Die Gebühren der Kreismusikschule könne die Verwaltung dann anpassen, wenn der Markt es zulasse. Soziale Aspekte müssten bei der Gebührenanpassung berücksichtigt werden, dies sei bisher immer Konsens gewesen.

Die Entscheidung hinsichtlich des Zweckverbandes Miltenberg sei vor 15 Jahren zu treffen gewesen. Damals sei es der Wille des Kreistages gewesen, im Zweckverband zu bleiben. Um aus einem Zweckverband aussteigen zu können, müssten beide Partner einverstanden sein. Man suche nach einer Lösung.

Zur Aufnahme von Krediten führte **Landrat Görisch** aus, dass man alle Kreditaufnahmen, sowohl Investitionskredite als auch Liquiditätskredite, in der Haushaltssatzung ausweise. Vor der Aufnahme würde die Kreditaufnahme im Kreisausschuss beschlossen und die Verwaltung ermächtigt diese vorzunehmen. Der einzelne Vertrag sei alleine aus zeitlichen Gründen (Zuschlagsfristen) nur innerhalb der Verwaltung leistbar.

Zu Derivaten und Absicherungsgeschäften habe der Rechnungshof nichts beanstandet, sondern lediglich Hinweise gegeben. Er machte deutlich, dass durch diese Kreditgeschäfte die Zinslast des Landkreises eindeutig reduziert worden sei.

Kreistagsmitglied Lenges lobte die Arbeit des RPA, das Jahr für Jahr seine Aufgaben kompetent und konfliktbereit ausführe. Die Prüfung des Landesrechnungshofes sei wie die Jahre zuvor im Sachbearbeitungsbereich vorgenommen worden. Seiner Ansicht nach wäre eine Prüfung der Investitionen wünschenswert gewesen, um zu erfahren, wie der Rechnungshof die Folgekostenreflexion beurteile.

Zur Transparenz des Haushaltsplanes forderte **Mitglied Lenges** die Darstellung in Diagrammform. Wenn die Kreisumlage erhöht werden solle, müsse man deutlich machen, dass dies zu Lasten der Gemeinden gehe.

Kreistagsmitglied Busch sah eine Erhöhung der Kreisumlage kritisch. Die Erhöhung ginge letztendlich zu Lasten der Bürger. Er forderte, dass Bund und Land Leistungen erstatten, die der Landkreis für andere ausführen müsse.

Zum Umfang des Haushaltsplanes stimmte er den Ausführungen von **Landrat Görisch** zu.

Kreistagsmitglied Becker stimmte der Kritik von Kreistagsmitglied Spies zum Thema Rechnungsprüfung uneingeschränkt zu.

Mehr Transparenz beim Haushaltsplan erreiche man durch mehr Erläuterungen bei den Einzelpositionen.

Es entstand eine Diskussion über Sinn und Zweck der Rechnungsprüfung, des Rechnungsprüfungsausschusses und die Zusammenarbeit mit dem RPA.

Landrat Görisch machte abschließend nochmals deutlich, dass ein Prüfungsvorschlag für das Jahr 2012 gemacht wurde. Der Prüfungsausschuss könne völlig frei darüber entscheiden, wie die Prüfung in Zukunft statfinde. Im Anschluss sei ein Prüfungsbericht zu erstellen. Der Ausschuss sei berechtigt, dem RPA Prüfungsaufträge zu erteilen.

Tagesordnungspunkt: 5	Drucksachenummer: 177/2012
------------------------------	-----------------------------------

Prüfung der Kasse des Landkreises Alzey-Worms durch das Rechnungsprüfungsamt
- Unterrichtung des Kreistages

Vorlagetext:

Das Rechnungsprüfungsamt hat nach § 112 Abs. 1 Nr. 6 die Kreiskasse des Landkreises Alzey-Worms geprüft

Der Bericht wurde mit Datum vom 06.09.2012 erstellt und wird hiermit den Mitgliedern des Kreistages zur Kenntnisnahme übersandt.

Stellungnahmen der Verwaltung waren keine zu treffen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, stellte der **Landrat** fest, dass der Kreistag von dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes Kenntnis genommen habe.

Automatisiertes Behördenkassensystem

- Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe zur Ersatzbeschaffung eines Kassenautomaten und der Software

Vorlagetext:

Der zurzeit für die Barzahlungsabwicklung eingesetzte Kassenautomat System Bergmann BKA wurde am 14.10.2002 als Vollamortisationsvertrag geleast. Der Vertrag endete zum 15.01.2008. Seit dieser Zeit ist das Kassensystem ohne Leasingkosten, jedoch mit einem Servicevertrag weiterhin bei der Kreisverwaltung im Einsatz. Das System ist technisch veraltet und der Hersteller hat die automatenintegrierte Steuerungstechnik in Service und Support zum Ende des Jahres 2012 abgekündigt. Gleiches gilt für das integrierte Zahlungsverkehrsterminal für die EC-Cash Nutzung. Dessen Zulassung zum Electronic-Banking läuft zum 31.12.2012 aus.

Die notwendige Ersatzbeschaffung ist im Haushaltsplan 2012 nicht veranschlagt, da die Kündigung der Wartung und Zulassung des EC-Cash Terminals erst am 09.03.2012 der Verwaltung bekannt wurde. Der Ersatz des Kassensystems noch im laufenden Haushaltsjahr ist jedoch unabweisbar, da ansonsten die Verwaltung ab Januar 2013 keine Bargebühren mehr kassieren könnte, bzw. zu diesem Zeitpunkt zusätzliches Personal für eine manuelle Barkasse einstellen müsste. Die Wiedereinführung eines manuellen Kassenschalters ist jedoch wegen der hohen Personalkosten unwirtschaftlich.

Das neue System kostet 40.297,98 € brutto für den Kassenautomaten inklusive Anlieferung, Installation und Entsorgung des Altsystems. Hinzu kommen die Kosten für die verschiedenen Softwaremodule zur Erstellung von Kassenkarten bei den Sachgebieten und die eigentliche Kassier- und Abrechnungssoftware. Die Kosten hierfür betragen 12.786,55 € brutto. Beide Angebote zusammen belaufen sich auf einen Kaufpreis von 53.084,53 € brutto. Damit wird eine Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe erforderlich. Diese kann über die Einsparung der Mittel unter den Buchungsstellen 11412.04321 Stromversorgungsanlagen (Bau Solarcarport) mit 45.500,00 € und 11456.0721 Energieversorgung (Ladesäule für Elektroautos), Haushaltsansatz 9.500,00 € erfolgen, wenn diese Maßnahmen auf Grund der Vordringlichkeit der Ersatzbeschaffung des Kassensystems aufgeschoben werden.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 28.08.2012, vorbehaltlich der Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe durch den Kreistag, die einstimmige Zustimmung zur Beschaffung eines Kassenautomaten zum Preis von 53.084,53 € und zum Abschluss eines Wartungsvertrages erteilt. Gleichzeitig hat der Kreisausschuss dem Kreistag nach § 4 Abs. 1 Nr. 6 der Hauptsatzung des Landkreises die Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung des Kassensystems bei gleichzeitiger Deckung über die geplanten Maßnahmen „Bau Solarcarport“ (Buchungsstelle 11412.04321, Ansatz 45.500,00 €) und „Ladesäule für Elektroautos“ (Buchungsstelle 11456.0721, Ansatz 9.500,00 €) empfohlen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt nach § 100 GermO und § 4 Abs. 1 Nr. 6 der Hauptsatzung des Landkreises Alzey-Worms die Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beschaffung des Kassensystems.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachennummer: 165/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.1. Kreisausschuss

Vorlagentext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Herr Heimann war von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Kemal Gülcehre vor. Herr Gülcehre war bisher stellvertretendes Mitglied, als Nachfolger in dieser Funktion schlägt die Fraktion Herrn Michael Schappert vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Kemal Gülcehre** als Mitglied des Kreisausschusses und **Herrn Michael Schappert** als dessen Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachennummer: 166/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.2 Werksausschuss Abfallwirtschaft

Vorlagentext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Herr Heimann war von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Karl-Heinz Schlosser, Alzey, vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Karl-Heinz Schlosser**, Alzey, als Stellvertreter von Herrn Schappert in den Werksausschuss Abfallwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachenummer: 167/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.3 Rechnungsprüfungsausschuss

Vorlagetext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Herr Heimann war von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Michael Schappert vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Michael Schappert** als Stellvertreter von Herrn Kemal Gülcehre in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachenummer: 168/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.4 Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Kultur

Vorlagetext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt. Herr Walter Klippel hat mit Schreiben vom 28.06.2012 seine Mandate in verschiedenen Ausschüssen und Gremien niedergelegt. Herr Gülcehre hat mit Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat im obigen Ausschuss niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt.

Herr Heimann und Herr Gülcehre waren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Frau Dorothea Egert als Mitglied und Herrn Johannes Knobloch als deren Stellvertreter vor.

Herr Klippel war von der Kreistagsfraktion der FWG vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Horst Mernberger vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Frau Dorothea Egert**, Alzey, als Mitglied, **Herrn Johannes Knobloch**, Offenheim, als deren Stellvertreter und **Herrn Horst Mernberger**, Saulheim, als Stellvertreter von Frau Ter-nis in den Ausschuss für Bildung, Weiterbildung und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 169/2012
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.5 Sozialausschuss

Vorlagentext:

Herr Johannes Knobloch hat mit Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat im obigen Ausschuss niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt.

Herr Knobloch war von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herr Ulrich Feuerhelm vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Ulrich Feuerhelm**, Schornsheim, als Mitglied in den Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 170/2012
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.6 Sportausschuss

Vorlagentext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt. Herr Kemal Gülcehre hat mit Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat im obigen Ausschuss niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Herr Heimann und Herr Gülcehre waren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen. Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Peter Antweiler und als dessen Stellvertreter Herrn Jörg Rebholz vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Peter Antweiler**, Offenheim, als Mitglied und **Herrn Jörg Rebholz**, Alzey, als dessen Stellvertreter in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 171/2012
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.7 Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr

Vorlagetext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt. Herr Michael Post hat mit Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat im obigen Ausschuss niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt. Herr Heimann und Herr Post waren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen. Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Karl-Heinz Schlosser und als dessen Stellvertreter Herrn Ulrich Feuerhelm vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Karl-Heinz Schlosser**, Alzey, als Mitglied und **Herrn Ulrich Feuerhelm**, Schornsheim, als dessen Stellvertreter in den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachenummer: 172/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.8 Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie

Vorlagetext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt. Herr Walter Klippel hat mit Schreiben vom 28.06.2012 seine Mandate in verschiedenen Ausschüssen und Gremien niedergelegt. Herr Gülcehre hat Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat als Mitglied des obigen Ausschusses niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt.

Herr Heimann und Herr Gülcehre waren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Johannes Knobloch und als dessen Stellvertreter Herrn Kemal Gülcehre vor.

Herr Klippel war von der Kreistagsfraktion der FWG vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Horst Mernberger vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Johannes Knobloch**, Offenheim, als Mitglied, **Herrn Kemal Gülcehre** als dessen Stellvertreter und **Herrn Horst Mernberger**, Saulheim, als Stellvertreter von Frau Mai in den Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7

Drucksachenummer: 173/2012

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.9 Schulträgerausschuss

Vorlagetext:

Herr Hanno David Heimann hat mit Schreiben vom 26.06.2012 seine Mandate im Kreistag, Ausschüssen und sonstigen Gremien niedergelegt. Herr Michael Post hat mit Schreiben vom 31.07.2012 sein Mandat im obigen Ausschuss niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt.

Herr Heimann und Herr Post waren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Jörg Rebholz und als dessen Stellvertreter Herrn Michael Schappert vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Jörg Rebholz**, Alzey, als Mitglied und **Herrn Michael Schappert** als dessen Stellvertreter in den Schulträgerausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 174/2012
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.10 Verbandsversammlung des Gewässerzweckverbandes Selzverband

Vorlagentext:

Herr Walter Klippel hat mit Schreiben vom 28.06.2012 seine Mandate in verschiedenen Ausschüssen und Gremien niedergelegt.

Gem. § 39 Abs. 1 der Landkreisordnung werden Ersatzleute auf Vorschlag der politischen Gruppe, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied vorgeschlagen worden war, durch Mehrheitswahl gewählt.

Herr Klippel war von der Kreistagsfraktion der FWG vorgeschlagen.

Die Fraktion schlägt als Ersatz Herrn Horst Mernberger vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt **Herrn Horst Mernberger**, Saulheim, als Mitglied der Verbandsversammlung des Gewässerzweckverbandes Selzverband.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 7	Drucksachenummer: 175/2012
------------------------------	-----------------------------------

Ersatzwahlen von Mitgliedern und Stellvertreter/innen in Ausschüssen / sonstigen Gremien
7.11 Psychiatriebeirat

Vorlagentext:

Nach § 7 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) kann der Landkreis einen Psychiatriebeirat bilden, dem insbesondere Vertreter an der psychiatrischen Versorgung beteiligter Organisatio-

nen einschließlich der Leistungs- und Kostenträger sowie Angehörige psychisch kranker Personen und Mitglieder von Selbsthilfegruppen angehören.

Die Mitglieder und Stellvertreter des Psychiatriebeirates wurden am 15.09.2009 gewählt.

Folgende Mitglieder des Psychiatriebeirates sind in Ruhestand gegangen:

Herr Dr. Wolfgang Guth, Rheinessen-Fachklinik

Herr Manfred Harbauer, Jobcenter

Herr Dr. Manfred Nosper, MDK

Daher schlägt die Koordinierungsstelle für Psychiatrie folgende Personen vor:

Für die **Rheinessen-Fachklinik** schlagen wir als neues Mitglied **Frau PD Dr. med. Anke Brockhaus-Dumke** vor.

Für das **Jobcenter** schlagen wir die bisherige Stellvertreterin **Frau Ilka Huber** als neues Mitglied vor.

Für die freiwerdende Stellvertretung schlagen wir **Frau Heike Hoffmann** vor.

Für den **Medizinischen Dienst der Krankenversicherung** schlagen wir als Stellvertreterin **Frau Dr. phil. Lara Corluka** vor.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, über die Wahl offen abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

2. Der Kreistag wählt die in der Beschlussvorlage genannten Personen in den Psychiatriebeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Tagesordnungspunkt: 8

Drucksachenummer: 176/2012

K 7 – Ausbau der freien Strecke zwischen Spiesheim und der L 408

- Auftragsvergabe

Vorlagetext:

Mit der öffentlichen Ausschreibung wurde der Landesbetrieb Mobilität Worms beauftragt.

Die Leistungen der Bauarbeiten wurden nach öffentlicher Ausschreibung von 8 Firmen angefordert.

Zur Submission legten 5 Bieter ein Angebot vor.

Die Submission ergab, dass die Firma Strabag GmbH, Lahnstein, das nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten annehmbarste Angebot mit 331.065,82 € abgegeben hat.

Die Prüfung der Angebote hatte folgendes Ergebnis:

1. Firma Strabag, Lahnstein	331.065,82 €
2. Firma Faber, Alzey	351.421,40 €
3. Firma Wust, Simmern	355.959,65 €
4. Firma Jung, Sien	359.722,54 €
5. Firma Hebau, Mainz	414.439,45 €

Dem Kreistag wird deshalb empfohlen, die Firma Strabag GmbH mit der Durchführung der Bauarbeiten zu beauftragen.

Die Kostenschätzung des Landesbetriebes Mobilität Worms belief sich auf 330.0000,- €.

Die Förderung des Landes nach dem LVFGKom/LFAG beträgt bei dieser Baumaßnahme 71% der zuwendungsfähigen Kosten. Die Ausführung der Bauarbeiten wird ca. vier Wochen dauern und soll unter Vollsperrung ab 08. Oktober 2012 erfolgen.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Vergabe der o. g. Baumaßnahme an die Firma Strabag GmbH, Lahnstein, zum Angebotspreis von 331.065,82 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 9	Drucksachenummer:
------------------------------	--------------------------

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilung

1)

Gemäß § 21 GemHVO ist der Kreistag nach den örtlichen Bedürfnissen, in der Regel jedoch halbjährlich, während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs hinsichtlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele zu unterrichten.

Dieser Zwischenbericht hat sowohl eine Informations- als auch eine Rechenschaftsfunktion. Er soll dem Kreistag ermöglichen unabhängig von einem Nachtragshaushalt und der Rechnungslegung die Entwicklung der Kreisfinanzen während der laufenden Ausführung des Haushaltes zu beurteilen und gegebenenfalls steuernd einzugreifen.

Der Zwischenbericht des Landkreises Alzey-Worms zum 30. Juni 2012 wurde auf der Grundlage der §§19 und 21 GemHVO erstellt. Er dient zum Nachweis der Überwachung der Inanspruchnahme der Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen sowie der bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 19 GemHVO.

Weiterhin ist er Grundlage für die Entscheidung, ob es erforderlich ist, eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen.

Bei den Investitionen zeichnet sich wie bereits in den Vorjahren ab, dass ein Teil der veranschlagten Mittel im laufenden Jahr nicht mehr zur Auszahlung kommt.

Von 17,97 Mio. € Mitteln für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, hiervon 11,1 Mio. € übertragene Ermächtigungen aus Vorjahren, waren Stand 30.06. 4,6 Mio. € und mit Stand 29.08. 6,6 Mio. € verausgabt.

Endgültig eingespart werden Mittel in Höhe von 140 T. € im Kreisstraßenbau.

In der Ergebnisrechnung wird mit einer Erhöhung des Jahresfehlbetrages um 364 T. € gerechnet.

Hierzu kommt noch der Wert für die Sonderabschreibung auf den Restwert der Rundturnhalle Alzey wegen der Sanierung auf Grund der eingeschränkten Nutzbarkeit. Dieser Betrag beläuft sich für das Jahr 2012 voraussichtlich auch ca. 200 T. €.

In der Finanzrechnung wird mit einer Verminderung des Finanzmittelfehlbesatzes um 310 T. € gerechnet. Dies ist jedoch teilweise auf Verschiebung und Neuveranschlagung von Maßnahmen zurückzuführen.

Werden die voraussichtlichen Ermächtigungsübertragungen für Investitionsmaßnahmen herausgerechnet ergibt sich deshalb eine voraussichtliche Verschlechterung in Höhe von 221 T. €.

Hierbei wurde jedoch die wahrscheinliche Reduzierung der Ausgaben für Investitionsmaßnahmen noch nicht berücksichtigt.

Nähere Erläuterungen sind in der Anlage ausgewiesen.

Die Voraussetzungen für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung gemäß § 98 GemO liegen nicht vor.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Lenges** zur Investitionsmaßnahme „Radweg Wendelsheim – Eckelsheim“ antwortete der **Landrat**, dass es das Ziel sei, die Rechtsgültigkeit des Planfeststellungsbeschlusses aufrecht zu erhalten, in dem der Grunderwerb getätigt werde. Man habe die Notwendigkeit dieses Radweges sehr deutlich gemacht. Auf Grund der wirtschaftlichen Lage des Landkreises habe die ADD weder den Radweg in Richtung Eckelsheim akzeptiert, noch den Lückenschluss von Rommersheim nach Armsheim. Man habe mit dem Landesbetrieb Mobilität vereinbart, alle Argumente gegenüber der ADD vorzutragen, um letztendlich die Genehmigung für den Grunderwerb und die Umsetzung zu erhalten.

2)

Landrat Görisch berichtete, dass im Außenbereich des Ganztagschulgebäudes der Gymnasien Alzey die Generaldirektion Kulturelles Erbe derzeit Ausgrabungen durchführe. Bei der Vorbereitung der Außenanlage seien römische Mauerreste gefunden worden. Hochwertige Funde (Schmuck) seien gefunden und der Presse präsentiert worden. Man werde sie an geeigneter Stelle ausstellen.

Am Fundort sei ein Forum geplant, in dem die Kunst am Bau, bestehend aus 2 Toren, verwirklicht werde. Nach Rücksprache mit der Generaldirektion werde man die Ausgrabungen dokumentieren, festhalten und evtl. abdecken, wie es bereits bei vorhergehenden Funden praktiziert worden sei. Nach Prüfung der Fundamentlegung der beiden Tore, sei es auch denkbar, dass die Mauerreste oder zumindest deren Verlauf im Boden des neuen Forums sichtbar bleiben.

Kreistagsmitglied Schwehm sprach sich für eine Aufmauerung der gefundenen Mauerreste aus. Dies gebe Schülern einen besonderen Anreiz, sich mit der geschichtlichen Vergangenheit auseinander zu setzen.

Landrat Görisch führte abschließend aus, dass die Grabungsarbeiten noch bis Mitte Oktober 2012 andauern würden. Man gehe nicht davon aus, dass es weitere Funde gebe. Die Verwaltung nehme das Anliegen auf und werde eine Lösung finden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 15.55 Uhr.

Ernst Walter Görisch
Landrat

Annegret Altendorf
Schriftführerin